04 / 2013 www.SBL2013.de 26.07.13
infoservice

Vertraut.
www.SBL2013.de
Sabine

Sabines Klartext

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkämpfer !

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Wahlkampf nimmt deutlich an Fahrt auf... Unsere Veranstaltungen sind gut besucht, die Stimmung bei den Hausbesuchen ist zuversichtlich, die Aktion "Sabine bewegt..." etabliert sich!
Nun gilt es die Stimmung zu halten und vor allem zu mobilisieren!! Die Wahlbeteiligung wird entscheidend sein. Deshalb sprecht mit euren Nachbarn, Kollegen & Freunden, dass sie alle am 22.9. wählen gehen!
Prominente Unterstützung ist uns auch weiterhin gewiss:
Am Montag kommt um 17 Uhr unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel nach Kirchen ins ev. Altenzentrum!
Ihr seid ALLE herzlich eingeladen!!!! Bringt viele Gäste mit!
Und wer weiß - vielleicht sehen wir uns ja auch Sonntag bei "Sabine bewegt..."
herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

www.twitter.com/Sabine_Baetzing
www.facebook.com/SBL.SPD

Topthema

Solidaritätszuschlag – Für die ganze Republik!

Kurz vor ihrer Verabschiedung in den Sommerurlaub sorgte Angela Merkel in der vergangenen Woche für einen handfesten Streit zwischen CDU und FDP über die weitere Zukunft des Solidaritätszuschlags, der eigentlich 2019 auslaufen sollte.
FDP-Mann Otto Fricke forderte seine Kanzlerin unmissverständlich auf, den Solidarpakt danach komplett und ersatzlos abzuschaffen, und warnte vor einem „unverständlichen Fehler“, dem die Kanzlerin zu erliegen drohe. Auch der Kanzlerin scheint wohl bei ihren vielen Fahrten über bundesdeutsche Autobahnen mittlerweile aufgefallen zu sein, dass es auch im Westen der Republik reichlich vernachlässigte Infrastruktur in Form von kaputten Straßen, maroden Brücken, bröckelnden Schulen, und geschlossen Schwimmbädern. Der Reparaturstau springt in vielen Gegenden mittlerweile förmlich ins Auge, und das nicht nur in Gelsenkirchen und im Ruhrgebiet. Auch hier vor Ort spricht ein Blick auf das ausbaufähige Verkehrswegenetz Bände. Für die Finanzierung der Erneuerung und des Ausbaus von Bundesstraßen in unserem Kreis ist der Bund zuständig. Hier stiehlt sich die Regierung aus ihrer Verantwortung und gibt den schwarzen Peter gerne an die Länder weiter, weil es so schön einfach ist! Dass die Kanzlerin jetzt anstelle eines Solis für Ostdeutschland einen Deutschlandfonds ins Gespräch bringt, ist übrigens kein schlechter Vorschlag, stammt nämlich als Grundidee von der uns. Florian Pronold, der Infrastruktur-Experte in Peer Steinbrücks Kandidatenteam, skizzierte schon vorher unseren Entwurf für das für Gesamtdeutschland konzipierte Investitionsprogramm „Zukunftsinvestitionen für Deutschland – für Wachstum, Beschäftigung und Innovation“:
„Deutschland braucht einen Modernisierungsschub durch eine Investitionsoffensive. Die Infrastruktur für Verkehr, Energie und Daten ist vielerorts veraltet, bezahlbarer Wohnraum wird knapp. Deutschland bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten, wenn wir nicht genug in unsere Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit investieren. Die Investitionslücke von heute ist die Wachstumsbremse von morgen.“
Daher wollen wir nach einem Regierungswechsel die Investitionsquote soweit erhöhen, dass jährlich 80 Milliarden Euro aus privaten und öffentlichen Investitionen von Bund und Ländern investiert werden können, insbesondere zur Entlastung der Kommunen.
Eine Regierung Steinbrück, die klare und zuverlässige Rahmenbedingungen für Investitionen bietet, würde damit das Investitionsklima in ganz Deutschland verbessern, und Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung setzen. Und das vor allem im Mittelstand.
Deutschland braucht keinen Soli-Zank, der nach mehr als 20 Jahren seit dem Mauerfall Ost- und Westdeutsche gegeneinander ausspielt. Was Deutschland insgesamt dringend braucht, ist eine Fortführung des Wachstums- und Stabilitätsgesetzes als Wachstums- und Wohlstandsgesetz, das sich konsequent an den Zielen materieller Wohlstand, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit unseres Landes orientiert.

Verteidigung

Drohnen-Affäre – Es wird Zeit für die Wahrheit!

Anfang der Woche nahm der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages seine Arbeit in der Aufklärung der Drohnen-Affäre auf. Rund 500 Millionen Euro hat die Bundesregierung bislang beim „Euro-Hawk“-Debakel in den Sand gesetzt, und das scheint erst der Anfang. Eine Studie der Experten der Ottobrunner Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft errechnete bei einem 20-jährigen Betrieb des Aufklärungssystems Euro Hawk einschließlich der Isis-Technik Kosten von rund 1,5 Milliarden Euro. Und da sind die geschätzten 100-200 Millionen Restwert bei einem Verkauf an die Amerikaner kein wirklicher Trost, vorausgesetzt es findet sich überhaupt noch ein Interessent für das halbgare Projekt. Und auch die Verteidigungsstrategie

von Thomas de Maizière bricht unter lauter Widersprüchen und Ungereimtheiten in sich zusammen: Hatte er bislang stets behauptet, erst im Mai 2013 von den Problemen des Rüstungsprojektes erfahren zu haben, beweist jetzt ein internes geheimes Schreiben des Verteidigungsministeriums schwarz auf weiß die Kenntnis des Ministers von der wackeligen Musterzulassung und den exorbitanten Kostensteigerungen schon im März 2012.
Hat de Maizière hier bewusst die Unwahrheit gesagt und Öffentlichkeit und Parlament an der Nase herumgeführt? Der CDU-Verteidigungsminister jedenfalls wird mehr und mehr zum unglaubwürdigen Verteidiger in eigener Sache, bei dem wichtige Projekte und die Sorge für die Soldaten und deren Familien seit Monaten auf der Strecke bleiben.

Finanzen

Steuerflucht – Die Vorschläge entschlossen umsetzen!
Die OECD hat auf dem G20-Finanzministertreffen in Moskau einen Aktionsplan gegen Steuerflucht vorgelegt.
Der Aktionsplan enthält Maßnahmen gegen die von internationalen Unternehmen verfolgte aggressive Steuerplanung, mit der diese die steuerliche Bemessungsgrundlage aushöhlen und Gewinne in Niedrigsteuerländer verlagern. In dem Aktionsplan werden die zentralen Probleme aufgegriffen. Es werden insbesondere internationale Standards vorgeschlagen, durch die eine doppelte Nichtbesteuerung, ein doppelter Betriebsausgabenabzug oder ein langfristiger Steueraufschub durch die Ausnutzung von Regelungskonflikten zwischen den nationalen Steuersystemen vermieden werden können.
Außerdem werden Maßnahmen gegen die Gewinnverlagerung mittels überhöhter Finanzierungsaufwendungen und unangemessener konzerninterner Verrechnungspreise aufgezeigt.
Insgesamt zielen die Vorschläge darauf, dass Gewinne wieder in den Staaten besteuert werden in denen die wirtschaftliche Tätigkeit stattgefunden hat durch die sie erzielt wurden. Es kommt jetzt darauf an, dass die Vorschläge entschlossen umgesetzt werden. Der Aktionsplan sieht dafür einen Zeitraum zwischen zwölf und 24 Monaten vor.
Bei verschiedenen Maßnahmen, etwa der Verrechnungspreisgestaltung bei Finanztransaktionen, wird von einem noch längeren Zeithorizont ausgegangen.
Die Bundesregierung darf sich bei der Bekämpfung der aggressiven Steuerplanung nicht allein auf den bevorstehenden Verhandlungsprozess verlassen. Sie muss dringend erforderliche Schritte bereits im Vorgriff auf internationale Vereinbarungen unternehmen.
Dies gilt beispielsweise für eine Beschränkung des steuerlichen Abzugs überhöhter Finanzierungsaufwendungen. Notwendig wäre etwa eine Ausweitung der Zinsschranke auf Lizenzzahlungen. Außerdem müssen die von der Bundesregierung vorgenommenen Aufweichungen bei der Besteuerung von grenzüberschreitenden Funktionsverlagerungen innerhalb internationaler Konzerne wieder rückgängig gemacht werden.

In eigener Sache

Sabine bewegt – Weiter geht's in Altenkirchen!
Am Sonntag, den 28. Juli 2013, 14.00 Uhr geht es in Altenkirchen weiter. Treffpunkt ist der Parkplatz am Weyerdamm. Die Serie Sabine bewegt ist erfolgreich angelaufen. Auch in Altenkirchen sind alle Bürgerinnen und Bürger sehr herzlich eingeladen. „Ich möchte mit vielen Menschen ins Gespräch kommen und das geht beim Wandern ja richtig gut!
Ihr werdet in Sabines Klartext über die weiteren Termine rechtzeitig informiert.
Nehmt Nachbarn, Freunde und Bekannte mit. Alle sind herzlich willkommen, besonders Kinder. Festes Schuhwerk ist beim Wandern immer sinnvoll. Und wir wandern bei fast jedem Wetter. Die richtige Kleidung macht es möglich.
Ich freu mich auf die vielen Begegnungen!

Herzliche Einladung

Sigmar Gabriel und Hubertus Heil kommen!
Diese Woche kommen gleich zwei Prominente Politiker in unseren Wahlkreis. Am Montag, den 29.07.2013 um 17.00 Uhr ist Sigmar Gabriel im Altenzentrum Kirchen, Austraße 30 mein Gast. Er wird Zeit mitbringen, um sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu stellen. Bei dieser Gelegenheit werden wir gemeinsam über mein Buch sprechen, dass ich zum Thema Demografie geschrieben habe. Bringt noch weitere Gäste mit.
Wir wollen in der jetzt anstehenden Wahlkampfphase möglichst viele Menschen für unsere Ideen gewinnen, damit wir am 22. September die amtierende Regierung ablösen können.

Am Freitag, den 02. August 2013 um 10.30 Uhr kommt Hubertus Heil.
Er wird auf dem Marktplatz in Neuwied mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) frühstücken und danach die Firma Winkler und Dünnebier in Rengsdorf besuchen.

DAS GUTE ARGUMENT

SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK ERKLÄREN

...ZUM BEISPIEL: BEZAHLBARE MIETE

SPD

Nach einem Jahr Praktikum kommt die 25jährige Julia für ihren ersten Job nach Berlin zurück. Im Internet findet sie eine kleine 1-Zimmer-Wohnung in Kreuzberg. Der Vormieter zeigt ihr die Wohnung – er hat noch 350 Euro Kaltmiete gezahlt. Das entspricht auch der ortsüblichen Vergleichsmiete.

Aber Kreuzberg ist beliebt und der Vermieter will um 30 Prozent anziehen, 105 Euro. Außerdem hat er noch einen Makler zwischengeschaltet. Obwohl Julia die Wohnung selbst gefunden hat. Sie soll also noch zusätzlich 2,38 Kaltmieten zahlen.

Die SPD will eine Mietpreisbremse bei Neuvermietungen: **Nicht mehr als 10 Prozent** über der ortsüblichen Miete, also maximal 385 statt 455 Euro.

Außerdem soll den Makler nur bezahlen müssen, wer ihn auch beauftragt hat – in diesem Fall also der Vermieter.

Julia spart mit den Vorschlägen der SPD im Jahr **840 Euro** Miete. Außerdem muss sie nicht die Maklergebühren zahlen: Das wären **1.082 Euro** gewesen.

Termine

27.07.13	**17.00 Uhr**	**Weingut Emmerich Leutesdorf**
	20.00 Uhr	**Sommernachtsfest Bad Hönningen**
28.07.13	**12.45 Uhr**	**Feuerwehrfest Mehren**
	14.00 Uhr	**Wandern mit Sabine, Altenkirchen**
29.07.13	*13.00 Uhr*	*Besuch Sommerlager Elkhausen*
	17.00 Uhr	**Sigmar Gabriel in Kirchen**
	20.00 Uhr	**Schützenfest Raubach**
30.07.13	**ganztags**	**Tag in der VG Altenkirchen**
31.07.13	*14.30 Uhr*	*DMSG-Gruppe Dierdorf*
	18.30 Uhr	*Migrationsbeirat Betzdorf*
01.08.13	*08.30 Uhr*	*Firma Lohmann Rauscher, Rengsdorf*
	12.00 Uhr	*Besuch Kreiszeltlager Jugendfeuerwehr Rheinbrohl*
02.08.07	**10.30 Uhr**	**AsF-Frühstück mit Hubertus Heil**
	15.00 Uhr	**Dorfcafé Emmerzhausen**

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine, wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**